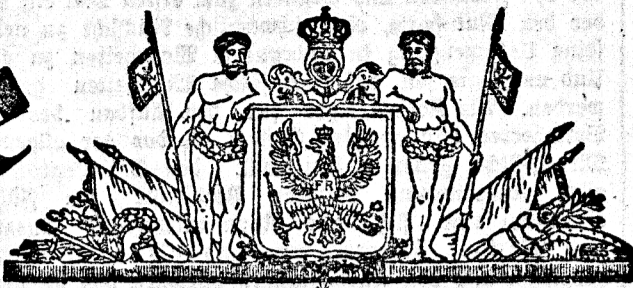


Vossische



Zeitung

Bezeichnet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabella.

Bezug: Monatlich 8 25 Mark, vierteljährlich 27 50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 30%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Kategorie. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Eandeleils): E. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die bayrische Bauernschaft für die Regierung.

Zuversicht der bayrischen Regierung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Bamberg, 8. April.

Der Regierung, die hier seit gestern weißt, sind aus allen Teilen des Landes Neußerungen der Ernte und Ergebenheit zugegangen. Sie ist fest entschlossen, den Verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen und der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Der Regierung stehen bereits eine Anzahl zuverlässiger Truppen zur Verfügung, die durch starken Zustrom von Freiwilligen in ständigem Anwachsen begriffen sind. Die Regierung beurteilt die Lage durchaus zuversichtlich und ist überzeugt, daß sie in absehbarer Zeit wieder völlig Herrin der Lage sein wird. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist auch aus Würzburg die Mitwirkung gegen die Räterepublik sehr stark. Im Bannern und haben sich die Geister geschieden. Die Übergroße Mehrheit, die unter Führung von Eisenberger steht, stellt sich hinter die Regierung. Der Anhang des radikalen Sandorfer ist verschwindend gering.

München, 8. April.

Die Bauernschaft des Rieses erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses haben sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaft Oberbayerns, Schwabens und des Allgäus schließt sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erklärt dieses Ministerium und den bayerischen Landtag als gesetzliche Regierung und Volksvertretung und tut alles zu deren Unterstützung. Sie steht zusammen mit den Arbeitern und Bürgern, die auf dem Boden der ersten Revolution und des Staatsgrundgesetzes stehen. Am Dienstag, 8. April nachmittags 5 Uhr wird die Lebensmittelsperrung über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räteregierung zurückgetreten ist.

Eine von dem württembergischen Staatspräsidenten Bloß, dem bayerischen Ministerpräsidenten Geß und dem hessischen Ministerpräsidenten Ulrich veröffentlichte Erklärung besagt: Die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen sehen das Ministerium Hoffmann nach wie vor als die alleinige rechtmäßige Regierung des Volksstaates Bayern an.

Die dritte Revolution.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* München, 8. April.

Bayern ist zum Bürgerkrieg aufmarschiert. Die Regierung in Bamberg verkündet, daß sie nicht zurücktritt. Zu gleicher Zeit wird vom Münchener Zentralrat die neue Regierung, die aus „Volksbeauftragten“ besteht, bekanntgegeben. Die entlassenen Regimenter der Provinz sollen wieder einberufen werden. Ob das noch möglich ist, und vor allem, ob für sie Waffen bereit sind, erscheint mehr als fraglich. Von Bedeutung ist die Tatsache, daß die frankischen Kreise nunmehr zum Abbruch von München entschlossen sind und ähnliche Entschlüsse wohl aber kurz oder lang in Schwaben ebenfalls zu erwarten sind. Die Nacht vom 7. auf 8. April brachte den Kommunisten eine schwere Enttäuschung. Sie glaubten, die Sägel schon vollständig in den Händen zu haben, und fanden sowohl bei den Unabhängigen, als bei den Mehrheitssozialisten großen Widerstand. Es kam zu sehr heftigen Szenen bei den Verhandlungen der Räte. Mühsam wurde vereinbart. In der neuen Volksbeauftragtenliste sind nur Unabhängige und einige Bauernbündler enthalten.

Aber die Mehrheitssozialisten waren der Lage nicht gewachsen. Der Gantag der Mehrheitssozialisten in München am Sonnabend und Sonntag brachte Entschlüsse zutage, die nichts weiter als vorläufige Kompromisse sind, mit denen auf die Dauer nichts anfangen ist. Die Mehrheitssozialisten machen den entscheidenden Fehler, daß sie heute immer noch das Gespenst der Reaktion mehr fürchten als die Wirklichkeit des kommenden Bolschewismus. Die Führer allerdings sehen diesen Fehler ein, aber sie fürchten, daß die große Masse nicht folge und anstatt die Massen aufzuklären und wieder an die Sägel der Parteileitung zu bringen, glaubten sie

mit Partikeln zu irgendeinem haltbaren Verhältnis mit den Kommunisten zu kommen, was ganz ausgeschlossen ist. Heute mittag wurde zum Bürgerkrieg aufgerufen. Daraufhin schlossen die Geschäfte in der Stadt, während sie in den Vorstädten offen blieben. Verkündigte Beamte sind nicht für den Bürgerkrieg, weil die Ärzte und das Verkehrspersonal nicht für ihn zu haben sind. An mehreren Stellen der Stadt finden sich Plakate, die zur Errichtung eines Bürgerrates auffordern. Vor den geschlossenen Banken stehen große Mengen und verlangen die Öffnung. Heftige Anlagen gegen die Räte mischen sich mit Verwünschungen gegen die Juden. Die Banken sollen wieder geöffnet werden. Der Zentralrat hat mittags über München das Standrecht verhängt. Der gestern verhängte Belagerungszustand mit dem Befehl, die Straßen bis 8 Uhr zu räumen, wurde abends wieder aufgehoben. Die Tatsache, daß die alte Regierung noch weitere Befehle gibt, die neue aber schon neue Befehle gibt, erzeugt völlige Verwirrung. (Siehe auch dritte Seite.)

Kein Generalfreik in Berlin.

Von einer Seite, die als gut unterrichtet gelten darf, wird gemeldet, daß die Agitation für den Generalfreik in Berlin in den letzten 24 Stunden nachgelassen hat. Die Führer der Unabhängigen scheinen im gegenwärtigen Zeitpunkt den Generalfreik nicht zu wünschen und ihre Pläne für einen späteren Zeitpunkt vertagt zu haben. Wenn sich nicht unerwartete Zwischenfälle ereignen, wird der politische Generalfreik für diesmal vermieden werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Rätekongresses wird in der heutigen Sitzung gegen den Generalfreik protestieren.

Abperrungen in der Berliner Innenstadt

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Im Anschluß an das Verbot jeglicher Zusammenrottungen und Demonstrationen wird im besonderen mitgeteilt, daß die Viertel der Potsdamer Straße, Prinz-Albrecht-Straße, Zimmerstraße, Leipziger Straße und das ganze Gebiet zwischen diesen Straßen bis zur Spree, ferner das von der Spree durchzogene Gebiet des Alexanderplatz und Schloß durch besondere Abperrungsmaßregeln gesichert werden.

Der Reichshaushalt für 1919.

Drahtmeldung.

Weimar, 8. April.

Der Nationalversammlung ist heute der Gesetzentwurf über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen. Danach wird der Reichshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf 18 858 495 114 M. festgesetzt, und zwar: im ordentlichen Haushalt auf 13 042 151 910 M. an Einnahmen, auf 11 263 411 095 M. an fortdauernden und auf 1 778 740 815 M. an einmaligen Ausgaben; im außerordentlichen Haushalt auf 816 343 204 M. an Einnahmen und 816 343 204 M. an Ausgaben. (Eine ausführliche Uebersicht über die einzelnen Abzweige der Vorlage veröffentlichten wir in der 2. Beilage.)

Amtsniederlegung der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission erklärt in einem längeren Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wiffel, unterzeichnet von Franke und Kautsky, daß nach ihrer Ueberzeugung „jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt und der Regierung geschwunden“ ist und daß sie ihr Amt niederlegt. In dem Briefe werden die Gründe, die die Kommission zu ihrem Schritte bewogen haben, ausführlich dargelegt. Sie hält es „für den wesentlichsten Punkt ihrer Beschwerde, daß das Reichswirtschaftsministerium den vorläufigen Bericht über die Sozialisierung der Kohle absichtlich der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit solange vorenthalten hat, bis ihre eigenen, der Kommission entgegen allen Zusagen vorgelegten Gesetzentwürfe in Weimar durchgeprüft waren.“

Die Tagung der Räte.

Am Schluß der gestrigen Vormittagsitzung des Rätekongresses hatte der bisherige Vorsitzende des Zentralrats, Oberbürgermeister Leinert, den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Zentralrats erstattet. Es war im wesentlichen eine scharfe Polemik gegen die unabhängige Sozialdemokratie gewesen und die heftigen Zwischenrufe von der linken Seite des Hauses hatten auf die scharfe Replik vorbereitet, die der Fraktionsredner der Unabhängigen dem Leinert'schen Bericht entgegenzusetzen würde. Und die Vorbereitung täuschte denn auch nicht. In der Nachmittagsitzung ergriff nach Verlesung einer Anzahl von Glückwunschtelegrammen und Wünschen einzelner Arbeitergruppen der Unabhängigen Richard Müller das Wort. Es ist noch nicht lange her, seitdem dieser frühere Vorsitzende des Volkzugrates unter dem Spitznamen „der Leichenmüller“ dadurch populär wurde, daß er im Zirkus Busch erklärt hatte, nur über seine Leiche ginge der Weg zur Nationalversammlung. Die Nationalversammlung ist eröffnet worden. Sie tagt und Richard Müller lebt nach wie vor. Aber es ist doch nicht mehr ganz derselbe Müller. Denn die Ereignisse haben ihn gewandelt, und er gilt heute als einer der besonnensten der unabhängigen Führer, der den Grundgedanken der Demokratie nicht um des Rätegedankens willen preisgeben will.

Seine gestrige Rede war in der Sache eine scharfe Anklage gegen den nur aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzten Zentralrat, dem er nicht den guten Willen, aber die Kraft abspach, und eine noch schärfere Anklage gegen die Regierung und insbesondere gegen den Reichswehrminister Postel. Aber sie war in der Form, von einigen Kraftstellen abgesehen, sehr vorsichtig und zeigte deutlich das Bestreben, nicht jede Brücke zur Mehrheitspartei und namentlich zur mehrheitssozialistischen Fraktion des Rätekongresses abzubauen. Auf der anderen Seite übte er allerdings eine viel größere Rücksicht gegenüber Spartakus. Es hatte manchmal einen Stich ins Komische, wenn er durchaus alle Schuld bei der Regierung und ihren Truppen und kein Quentchen Verschulden bei den Spartakisten sehen wollte. Er wußte nichts von Eichhorn, nichts von den Böbelbanden, die sich auf den Straßen zu schaffen gemacht hatten. Er gab sich gar nicht die Mühe, zwischen dem kommunistischen Idealismus und dem wenig ideal gefärbten Mittläufertum zu unterscheiden, deren Treiben in Berlin und in anderen Städten doch auch der Wohlmeinendste nicht fortzuleugnen kann. Dabei zeigte sich an vielen Stellen der Müller'schen Rede das ehrlichste Bestreben, die Wahrheit nicht umzubiegen und wenigstens nicht alle Beschuldigungen, die im Laufe der letzten Monate gegen die Regierung und die Freiwilligen-Regimenter hemmungslos geschleudert worden waren, ohne weiteres gläubig nachzugeben und agitatorisch auszunutzen.

In ziemlich vorgerückter Stunde kam als Fraktionsredner der Mehrheitssozialdemokraten Julius Kallisi zu Wort. Und seine Rede wurde das Ereignis des Tages. Im Anfang konnte sich der Redner, der überdies stimmlich indisponiert war, inmitten der allgemeinen Unruhe schwer Gehör verschaffen. Aber allmählich erregte seine Worte immer mehr die Aufmerksamkeit des Hauses und schließlich herrschte eine atemlose Stille, die nur durch häufige Beifallsrufen und ab und zu durch den immer geringer werdenden Widerspruch von der äußeren Linien her unterbrochen wurde. Kallisi begann damit, das Verschulden und das Unterlassen der Regierung zuzugestehen. Aber er machte dafür die unabhängigen Sozialdemokraten mitverantwortlich. Er warf ihnen vor, daß ihre eigenen Parteigenossen, so lange sie im Rat der Volksbeauftragten saßen, auch nichts getan und daß sie als Opponenten auch nicht einen fruchtbaren Gedanken bis auf den heutigen Tag hervorgebracht hätten. Er beleuchtete die gesamte revolutionäre Politik vom 9. November bis zu den letzten Ereignissen. Er ging auch an den Sünden der eigenen Partei nicht vorüber und geißelte die Schuld der Führung, die die Massen hemmungslos gemacht und in den Glauben verlehrt habe, daß sie sich alles erlauben dürften.